



Unsere GrossrätInnen fordern «Mehr Arbeitsplätze» – nicht nur mit Buttons.

Mehr Arbeitsplätze im Kanton

SP/JUSO-GrossrätInnen wollen den Kanton Bern **in der Krise stärken**

Der Kanton Bern ist wirtschaftlich stark. Trotzdem kann uns eine Wirtschaftskrise treffen. Die SP-JUSO-Fraktion hat in der Januarsession ein Paket von Vorstössen für mehr Arbeitsplätze eingereicht.

Matthias Burkhalter

Es ist zum Beispiel wünschenswert, dass der Lötschberg-Basistunnel durchgängig auf zwei Spuren ausgebaut wird. Derart grosse Projekte haben jedoch einen Nachteil. Sie lassen sich vom Kanton Bern nicht eigenständig umsetzen. Die SP-JUSO-Fraktion stellt mit den in der Januarsession eingereichten Vorstössen im Kanton umsetzbare Forderungen und fordert eine Sondersession zur wirtschaftlichen Stärkung des Kantons.



Gute Ideen von vielen Köpfen

In der Wirtschaftskrise schaut die SP über den Tellerrand der Aktualität hinaus und lanciert Forderungen, die den Kanton Bern auch mittelfristig stärken. Die Vorstösse zielen in verschiedene Richtungen: Zusätzliche Praktikumsstellen für junge Berufsleute sind nötig. Ein Haus der Verbände soll in Bern errichtet werden. Nischenarbeitsplätze sind ein viel versprechendes Angebot. Das wirtschaftliche Potenzial des Sports ist zu erkennen und auszubauen. Wir haben viele Ideen für mehr Arbeitsplätze im Kanton. Wenn diese umgesetzt werden, können wir der Krise aktiv entgegenzutreten.

Erfolgreiches stärken und ausbauen

Ein weiterer Schwerpunkt ist die nach-

haltige wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschaftsförderung unter der Aufsicht von Regierungsrat Andreas Rickenbacher leistet Beachtliches. Die über lange Jahre aufgebauten Schwerpunkte Telematik, Medizintechnik, Präzisionsindustrie, Energietechnik und Design sind im Kanton Bern gut verankert. Dort gilt es weiter zu wachsen. Die Bildung muss die entsprechenden Angebote zur Verfügung stellen. Die Unternehmen sind gezielt zu beraten. Die KMU (kleine und mittlere Unternehmungen) sind einzubeziehen. Die Forschung an der Universität und den Fachhochschulen muss verstärkt werden. Die KMU-Förderstrategien unseres Finanzinstituts (Berner Kantonalbank) und unserer Verwaltung sollten koordiniert werden. Wenn alle innovativen Kräfte zusammenarbeiten, wird sich der Kanton Bern weiter entwickeln.

Investitionen in Köpfe und nicht in Beton

Beton ist nicht immer eine kluge Investition. Trotzdem kann im Bau Geld klug eingesetzt werden. Die Bau-, Energie- und Verkehrsdirektion unter der Leitung von Barbara Egger legt gute Projekte vor. Nicht neue Erschliessungsstrassen und Autobahnausbauten stehen im Vordergrund. Vorgezogene Schutzmassnahmen gegen Naturgewalten, ökologische Aufwertungen von Landschaften und Gewässern sind wünschbar. Massnahmen im Energiebereich sind zwingend. Hier helfen Gebäudesanierungen und neue Technologien mit, den Bau eines neuen AKWs überflüssig zu machen.

Matthias Burkhalter ist SP-Grossrat und Präsident des Fachausschusses Finanz, Arbeit und Wirtschaft

DIE SP-VORSTÖSSE GEGEN DIE KRISE

MOTIONEN

- Zusätzliche Praktikumsstellen für junge Berufsleute
- Förderung von Nischenarbeitsplätzen
- Wirtschaftliche Stärken bewusst fördern
- Wirtschaftlicher Nutzen des Sports im Kanton Bern
- Schulung zu Fachpersonen im Bereich «Energieeffiziente Gebäude»
- Mustergültige Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
- Die Berner Wirtschaft profitiert stärker vom Politzentrum Bern
- Sanierungen mit Gebäude-Energieausweis fördern (dringlich)
- Ersatz von elektrischen Einzelspeicherheizungen

- Neue erneuerbare Energien an den Schulen

POSTULATE

- Schaffung eines Hauses der Verbände in Bern

INTERPELLATIONEN

- Auswirkungen der Finanzkrise auf die Lehrstellensituation?
- Kantonale Wirtschaftsförderung mit der KMU-Förderstrategie der BEKB koordinieren
- Universität Bern unterstützt Berner KMU

Alle Vorstösse finden sich auf der Website der SP Kanton Bern unter Aktuell.

TSCHOU

Was bringt 2009?

Willkommen im Jahr 2009. Was bringt uns dieses Jahr, welche Überraschungen hält es für uns bereit? Können wir uns darauf freuen, oder nehmen wir uns besser in Acht? Am besten, wir machen 2009 zu unserem Jahr



und gestalten es in unserem Sinn. Nach der Finanzkrise im vergangenen Jahr erwarten viele die Wirtschaftskrise in diesem Jahr. Die SP Kanton Bern will nicht einfach die Hände in den Schoss legen und auf diese Krise warten, sie will sich aktiv dagegen wehren – mit verschiedenen Vorstössen (siehe auch Haupttext).

Wer sein Geld nicht an der Börse verloren hat, soll es Gewinn bringend und nachhaltig in erneuerbare Energien investieren. In einem gut isolierten Haus, mit einer Heizung, die die Umwelt nicht belastet und uns unabhängig macht von fossilen Energieträgern, geniessen wir die warme Stube und vergessen die Sorgen um Luftverschmutzung und steigende Brennstoffpreise. Wir profitieren dabei von der Unterstützung des Bundes und starten im 2009 in eine rundum bessere Zukunft.

Nach wenigen Jahren harter Arbeit mit tausenden Überstunden, soll nun keine Arbeit mehr vorhanden sein? Wir nehmen das nicht hin, die öffentliche Hand soll nicht nur Milliarden zur Rettung einer Bank bereitstellen, sie soll auch dafür sorgen, dass die Produkte unserer Unternehmen AbnehmerInnen finden und die Arbeitsplätze unserer gut ausgebildeten Arbeitskräfte erhalten bleiben. Das Jahr 2009 wird zum Jahr der Herausforderung für unsere Wirtschaft.

Wir stellen uns dieser Herausforderung und gestalten damit unsere Zukunft.

Auf dass das Jahr 2009 ein Erfolgjahr werde und allen viele gute Stunden beschere!

Margreth Schär ist SP/JUSO-Fraktionspräsidentin

SPITZE FEDER

Was haben wir davon?

Macht euch die Mühe und informiert euch im Internet (www.wiso.unibe.ch) über die Arbeitsgebiete der ProfessorInnen des Volkswirtschaftlichen Instituts der Uni Bern. Ihr werdet euch wundern.



Früher war Volkswirtschaft – auch politische Ökonomie genannt – eine hochpolitische Wissenschaft. Sie erhob immer den Anspruch, über das enge fachliche Gebiet auf die grundlegenden Fragen der Gesellschaft hinzuweisen. Viele 68er haben auch aus diesem Grund Volkswirtschaft studiert.

Heute ist das Fach sterilisiert. Auf hohem Abstraktionsniveau werden theoretische Probleme abgehandelt und in irgendwelchen Fachjournalen publiziert. Kaum ein Volkswirtschaftler, kaum eine Volkswirtschaftlerin mischt sich in die öffentliche Diskussion ein und liefert einen brauchbaren Beitrag für die politische Debatte. Die Ökonomie des Kantons ist allenfalls eine Fussnote wert. Diese Volkswirtschaft hat durchaus eine politische Aufgabe: Mit ihren auf mathematischen und statistischen Methoden aufbauenden Untersuchungen legitimiert sie vor allem Markt und Wettbewerb.

Unterschätzen wir schliesslich nicht, dass Universitäten Generationen von AbsolventInnen prägen und langfristig wirken. Es geht um die Vorherrschaft über die Köpfe: Der US-Ökonom Milton Friedman und seine Chicago Boys haben sich langsam ins intellektuelle Zentrum der Gesellschaft geschlichen – und dominieren nun mit ihren neoliberalen Ansichten seit mehr als zwanzig Jahren den öffentlichen wirtschaftlichen Diskurs. Schön nachzulesen ist das im jüngsten Buch von Noemi Klein «Die Schock-Strategie – der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus».

Johannes Wartenweiler ist Sekretär des Gewerkschaftsbunds des Kantons Bern

Naomi Klein: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 2007

Warum ein Ja am 8. Februar?

Regierungsrat Andreas Rickenbacher

Worüber stimmen wir am 8. Februar genau ab?

Es geht um die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den Staaten der EU sowie deren Ausdehnung auf die neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien. Aus der Sicht der Wirtschaft war die Personenfreizügigkeit in den letzten Jahren ein wichtiger Motor für mehr Wachstum und mehr Wohlstand bei uns im Kanton Bern.

Wie schätzt du die Auswirkungen der Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien ein?

Ähnlich wie dies nach 2005 mit dem EU-Mitglied Polen der Fall war: Die Personenfreizügigkeit gilt nur für Personen, welche einen gültigen Arbeitsvertrag in der Schweiz vorweisen können. Daher fand keine grosse Einwanderung statt, nachdem es kamen nur die von der Wirtschaft dringend nachgefragten Fachkräfte.

Welches sind die Auswirkungen für die Wirtschaft im Kanton Bern?

In den letzten Jahren konnte die Wirtschaft im Kanton Bern wachsen, da die Unternehmen dank der Personenfreizügigkeit die notwendigen Fachkräfte gefunden haben. So sind viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden und die Unternehmen konnten Reserven anlegen. Ohne die Personenfreizügigkeit wären wir heute wirtschaftlich ganz klar in einer noch schwierigeren Situation.

Welche Anstrengungen unternimmt der Kanton Bern, damit der freie Personenverkehr nicht zu Lohn-dumping oder Schwarzarbeit führt?

Seit meinem Amtsantritt im Juni 2006 habe ich dafür gesorgt, dass im Kanton Bern die Massnahmen gegen Lohndumping und Schwarzarbeit verstärkt wurden. Zentral dabei sind die Arbeitsmarktkontrollen, bei welchen wir vor Ort und unangemeldet überprüfen, ob branchengerechte Löhne bezahlt werden. Wir haben im Jahr 2008 diese Kontrollen ausgeweitet und die Anzahl stark erhöht.

Ist die Personenfreizügigkeit in der Wirtschaftskrise eher eine Chance oder ein Risiko?

Ganz klar eine Chance: Wir sehen bereits jetzt, dass das System funktioniert. Die Einwanderung nimmt im Moment ab, da die Unternehmen weniger Fachkräfte nachfragen. Aber: Der nächste Aufschwung kommt bestimmt. Wenn wir dann die Personenfreizügigkeit nicht mehr hätten, wären die Unternehmen gezwungen, ihre Tätigkeit teilweise ins Ausland zu verlagern – das würde bedeuten, dass der Wohlstand im Ausland geschaffen würde. Dies gilt es mit einem deutlichen Ja am 8. Februar zu verhindern.

Andreas Rickenbacher ist SP-Regierungsrat und Volkswirtschafts-direktor des Kantons Bern.



Grossrat Corrado Pardini

Welches sind deine Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit?

Positiv ist die Zuwanderung von dringend benötigten HandwerkerInnen, TechnikerInnen und IngenieurInnen. Unser einziger Rohstoff sind qualitativ hochwertige Produkte und dafür benötigen wir qualifizierte Fachleute. Gleichzeitig stellen wir aber in einigen Branchen Lohn-druck fest. Dagegen haben wir dank der flankierenden Massnahmen geeignete Instrumente, die dort am wirksamsten sind, wo Gesamtarbeitsverträge gelten und die Gewerkschaften gut verankert sind.

Sind die Flankierenden tatsächlich wirksam?

Ja, auch wenn der Vollzug in einigen Kantonen noch nicht optimal ist. Es muss nicht nur kontrolliert, sondern auch sanktioniert werden. Den Gewerkschaften gelang es, in prekären Bereichen besseren Schutz zu schaffen. Und dank der geschickten Verhandlung seitens der Gewerkschaften soll die Kontrolldichte nach einem Ja am 8. Februar deutlich erhöht werden.

Spürst du die Angst vor unkontrollierter Immigration aus Osteuropa?

Ja. In den Versammlungen oder bei Besuchen am Arbeitsplatz höre ich solche Befürchtungen. Nun muss sich zeigen, ob die flankierenden Massnahmen auch in einer Rezession taugen und ob die Arbeitgeber Wort halten und den Vollzug unterstützen. Die Rezession würde aber ohne die bilaterale geregelte Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Handelspartner viel härter ausfallen. Zudem ist ohne Bilaterale Verträge mit der EU auch unser Lohn-schutz gefährdet. Ein Nein würde sich wirtschaftlich sehr negativ auswirken.

Was bringt die Personenfreizügigkeit für die KollegInnen aus der EU?

Dank der Personenfreizügigkeit haben MigrantInnen aus der EU bessere Aufenthaltsbedingungen, sie können die Familie zuziehen und den Arbeitsplatz wechseln. Früher hatten wir in der Schweiz mit dem Saisonierstatut eine unmenschliche Praxis.

Was ist aus Arbeitnehmersicht das wichtigste Argument für ein Ja am 8. Februar?

Trotz aller Risiken überwiegen die positiven Aspekte klar. Spielt die Politik mit, halten die Arbeitgeber Wort und sind die Gewerkschaften genügend stark, können wir am 8. Februar mit gutem Gewissen Ja zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit sagen.

Corrado Pardini ist als Leiter Sektor Industrie in der Geschäftsleitung der Unia und SP-Grossrat.

Integriert – oder doch nicht?

Weshalb es kaum **tamilisch-schweizerische Mischehen** gibt

Eine junge Taminin, die hier in der Schweiz aufgewachsen ist, hat ihre Maturarbeit zum Thema «Unterschiede der tamilischen und der schweizerischen Hochzeit» geschrieben. Sie gibt interessante Einblicke in die kulturellen Unterschiede.

Shajini Ponnuthurai

Die Arbeit leistet einen Beitrag zum Dialog und gibt einen Einblick,



warum ein ganz anderes Verständnis zum Thema «Selbstbestimmung» bestehen kann. Der grösste Unterschied zwischen dem Christentum und dem

Hinduismus liegt darin, dass die eine Religion monotheistisch, die andere polytheistisch ist. Im Hinduismus bestehen mehrere tausend

Götter, wovon manche gut, andere böse sind. Der Hinduismus ist identisch mit dem Leben: Lebenszyklen der Menschen und Tiere sowie der Natur bilden seine Grundlagen. Im Christentum wird man durch die Taufe in die christliche Gemeinde aufgenommen, im Hinduismus wird man in eine Kaste hineingeboren.

Angst vor Kulturverlust

Die erste Generation der heute in der Schweiz lebenden Tamilen ist ab Beginn der 1980er-Jahre ein-

gewandert. Sie bleiben mehrheitlich unter sich, pflegen in erster Linie die Beziehung zu Verwandten sowie zu anderen Tamilen. Viele haben Angst vor einem Kulturverlust und betonen, wie wichtig es sei, die srilankische Kultur aufrechtzuerhalten und sich nicht mit den Schweizern zu vermischen.

Wenig gemischte Heiraten

Deshalb sind auch gemischte Heiraten sehr selten. Aus der Sicht der tamilischen Gesellschaft bedeu-

tet schweizerische Kultur egalitäre Geschlechterbeziehungen. Alkohol- und Zigarettenkonsum stellen in der Schweiz keine Sünde dar. Als besonders bedrohlich wirken – angesichts der traditionellen Unauflösbarkeit der tamilischen Ehe – die Möglichkeit, voreheliche Beziehungen einzugehen oder eine Ehe scheiden zu lassen. Eine Familie zu gründen ist nur durch eine Hochzeit möglich. Eine aussereheliche Beziehung würde in der Schweiz einen Ausschluss aus der tamilischen Gemeinschaft bedeuten, in Sri Lanka wäre sie strafbar. Bis zur Hochzeit wird absolute Keuschheit der Ehegattin erwartet.

Die Familie bestimmt

In der tamilischen Gesellschaft spielt die Familie als Einheit eine zentrale Rolle. Nicht nur die eigene Fami-

Fest mit allen

Bei einer Hochzeitsfeier laden Tamilen die ganze tamilische Gesellschaft ein. Die Hochzeit ist nicht nur ein Fest der Familie und der engsten Freunde wie in der Schweiz. Im Exil versuchen Tamilen gemeinsam eine eigene Heimat zu gründen. Ein wichtiger Aspekt für die Tamilen ist, dass jeder Eingeladene zum – an einem Wochenende stattfindenden – Hochzeitsfest erscheint.

Schmuck als Gemeinsamkeit

Eine Gemeinsamkeit der Hochzeit in den beiden so verschiedenen Kulturen ist der Schmuck, welcher Zeichen für die Ehe ist und die Zusammengehörigkeit besiegelt. In der schweizerischen Gesellschaft ist dies der Ehering. Ein ähnliches Zeichen in der tamilischen Gesellschaft ist der



Hochzeitszeremonie auf tamilisch

lie, die gesamte nähere Verwandtschaft bestimmt das Leben mit. Sie nimmt Einfluss auf die Bildung und den Werdegang ihrer Mitglieder. Die Heirat wird in der Familie arrangiert und der Ehepartner, die Ehepartnerin bestimmt. Einerseits stärkt das die Familie, andererseits bleibt man innerhalb der reinen Kaste. Bei der zweiten Generation von Tamilen jedoch wird die Liebe immer mehr zum Thema – zum Ärger der ersten Generation.

Thaali, eine massive Goldkette. Das Umbinden des Thaalis steht für das Vereinen des Paares sowohl metaphysisch, physisch wie auch sexuell. Die Schweizer tragen den Ehering im Alltag. Der Thaali wird hingegen nur bei tamilischen Anlässen getragen. Er stellt ein Symbol des Wohlstands dar: je massiver und grösser der Thaali, desto höher ist der Wohlstand der Familie.

Shajini Ponnuthurai ist Gymnasiastin am Gymnasium Kirchenfeld

SP-FRAUEN

Demokratische Republik Kongo: Kriegsverbrechen an Frauen und Kindern

Unsägliches Leid muss die Zivilbevölkerung im Ostkongo erleiden. Laut Berichten der UNO befinden sich mehr als eine Viertelmillion Menschen auf der Flucht. Auf der Flucht vor den Kämpfen zwischen den Tutsi-Rebellen unter Führung des abtrünnigen Generals Laurent Nkunda und der Regierungstruppen, der Mai-Mai-Miliz und Hutu-Extremisten, die nach dem Völkermord von 1994 in Ruanda und der anschliessenden Machtübernahme der Tutsi in den Kongo geflohen sind.

Vergewaltigungen werden systematisch von den Kriegsparteien als Kriegswaffe eingesetzt, obwohl im Friedensabkommen vom Januar 08 festgehalten wurde, dass Menschenrechtsverletzungen einschliesslich sexueller Gewalt nicht geduldet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Es sind erschütternde Berichte über unvorstellbare Gräueltaten, die wir zu hören bekommen.

Berichtet wird von Frauen, denen auf äusserst bestialische Art Gewalt angetan wird. Berichtet wird von kleinen Mädchen, die Unsagbares erleiden müssen. Berichtet wird von Massenvergewaltigungen und fast unbeschreiblicher Brutalität.

Kinder werden verschleppt und zum Kriegsdienst gezwungen. KindersoldatInnen, die zu fliehen versuchen, werden getötet oder gefoltert.

Wir – die SP Frauen des Kantons Bern – wollen zu diesen Gräueln nicht weiter schweigen. Wir verlangen, dass diese Menschenrechtsverletzungen sofort beendet werden.

Unterschreibt unseren Protestbrief auf unserer Website. Herzlichen Dank!

Leitungsgremium der SP-Frauen Kanton Bern

Jetzt unterschreiben

Protestbrief auf:
www.spfrauenbe.ch

SCHLUSSSPURT

Wahlen 2010: Freiwillige vor!



Jetzt starten für die Wahlen 2010.

BILD: ALBRECHT E. ARNOLD, PIXELIO.DE

Die Wahlen am 28. März 2010 sind für die SP im Kanton Bern von grösster Bedeutung. Es geht nicht nur um die historische Chance, die Regierungsmehrheit in diesem Kanton zu behalten, wir wollen auch als grösste Fraktion im Grossen Rat weiter wachsen und damit unserer Politik auch in der Legislative zum Durchbruch verhelfen.

Damit unsere Wahlkampagne möglichst breit wahrgenommen werden kann, suchen wir bereits heute Freiwillige, welche während der Kampagnenzeit zu einem besonderen Einsatz in ihrer Gemeinde und ihrem Umfeld bereit sind. Wir wollen ein breites Netzwerk von aktiven SeniorInnen, fleissigen StudentInnen, eifrigen Politisierenden

und allen weiteren Interessierten schaffen. Hauptaufgabe wird die Umsetzung einzelner Kampagnenelemente im eigenen regionalen Umfeld sein. Also, Freiwillige vor!

Anmeldung mit Adresse, Telefon und E-Mail an daniel.furter@spbe.ch oder per Telefon 031 370 07 80. Vielen Dank.

AGENDA

SAMSTAG, 31. JANUAR
8.30–13 UHR

Tagung «Jugendgewalt und Sicherheit im öffentlichen Raum»
Hotel Bern, 3011 Bern

MITTWOCH, 18. FEBRUAR
18.30–21.00 UHR

Diskussion Revision Parteiprogramm mit Jacqueline Fehr
Hotel Freienhof, Thun

DONNERSTAG, 12. MÄRZ
18.30 UHR

Vernetzungstreffen für kommunale SP-Exekutivmitglieder
Hotel Bern, Bern (Anmeldungen: toni.marbot@spbe.ch)

MITTWOCH, 29. MÄRZ
19 UHR

Parteitag, Hotel National, Bern

MITTWOCH, 16. SEPTEMBER
19 UHR

Parteitag, Hotel Kursaal, Bern

ROTES BRETT

RETTET DEN BUND: JETZT KOMITEE BEITRETEN

Die Berner Qualitätszeitung «Der Bund» soll im Sommer eingestellt werden. Für Bern kann ein Medienmonopol aus demokratiepolitischen Gründen keine Option sein.

In den letzten Wochen hat sich das Komitee «Rettet den Bund» formiert. Es sind schon 10 000 Mitglieder im Komitee. Es müssen aber dringend noch mehr werden. Auf der Website www.rettet-den-bund.ch ist eine Online-Petition aufgeschaltet und du kannst dem Komitee beitreten. Die Mitgliedschaft ist kostenlos.

Bildungsveranstaltung SP Kanton Bern:

REVISION PARTEIPROGRAMM DER SP SCHWEIZ

Referentin: **Jacqueline Fehr**

Mittwoch, 18. Februar 2009
Hotel Freienhof, Turmsaal, Freienhofgasse 3,
3600 Thun

Beginn: 18.30 Uhr, Schluss: 21.00 Uhr

Online-Anmeldung: www.spbe.ch

BLINDE INSEL 2009

13. Februar bis 28. März 2009
in der Grossen Halle der Reitschule Bern

Dieses Jahr blindes Esserlebnis inklusive Kultur mit: **Franz Hohler, Endo Anaconda, Grazia Pergoletti, Pedro Lenz, Greis, Johanna Lier.**

Genaueres Programm und Reservationen:
www.grossehalle.ch

Als Mitglied freier Eintritt ins:

SCHLACHTHAUS-THEATER

Bern, Rathausgasse 20/22, 3011 Bern
www.schlachthaus.ch

Literatur: Simon Chen / Werner Bodinek
«**Working Poor – für öisereis gits nid emol es dütsches Wort**» Do, 29.1.2009, 20.30 /
Fr, 30.1.2009, 23.00 / Sa, 31.1.2009, 23.00
oder ab 5.2.2009: Theater Club 111:
«**Finanzblätz Schweiz**». **Uraufführung.**
Inszenierung von Meret Matter

Pro Vorstellung erhalten zwei SP-Mitglieder freien Eintritt. Reservation direkt bei Schlachthaus mit dem Hinweis «SP-Stühle».

IMPRESSUM

Herausgeberin:
SP Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1096, 3000 Bern 23
Telefon 031 370 07 80
links.be@sp-be.ch

Spenden: PK 30-895-9
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste
Ausgabe: 16. Februar 2009

Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch

